

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG)

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 18. Juli 2013 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 15/3730 Anlage 1, Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

dem für Finanzen zuständigen Ausschuss ist zum Ende eines jeden Jahres (beginnend mit dem 31. Dezember 2013) eine dezidierte Aufstellung darüber vorzulegen, welche Effizienzgewinne durch die Polizeireform in dem jeweiligen Jahr und kumuliert erzielt worden sind und welche reformbedingten Ausgaben diesen im jeweiligen Jahr und kumuliert gegenüberstehen.*

B e r i c h t

Mit Schreiben vom 26. März 2014 Nr. I-0451.1, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Vom Innenministerium wurde für das Jahr 2013 in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Folgendes mitgeteilt:

1. Reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen

1.1 Einzelplan 03 Innenministerium

Keine.

*) Der hierzu mit Schreiben des Staatsministeriums vom 3. und 28. Februar 2014 beehrten Fristverlängerung bis einschließlich 20. März 2014 wurde zugestimmt.

1.2 Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

1.2.1 Kapitel 1208 Staatlicher Hochbau

Durch die Reform sind die bei Titel 712 71 etatisierten Baumaßnahmen im Bereich der ehemaligen Bereitschaftspolizei Böblingen und im Bereich des Polizeireviers Lörrach (vgl. Erläuterungen zu Titel 712 71 Nr. A 139 und 153) nicht mehr erforderlich und entfallen ersatzlos. Der Minderbedarf in Höhe der etatisierten Gesamtbaukosten beläuft sich auf insgesamt 8.400.000 Euro. Die ersatzlose Streichung der beiden Maßnahmen ist für den nächsten Staatshaushaltsplan vorgemerkt.

1.2.2 Kapitel 1209 Staatsvermögen

Keine.

1.2.3 Allgemeiner Grundstock (Grundstücksverkaufserlöse)

Keine.

Mit ersten Grundstücksverkaufserlösen wird ab 2014 gerechnet.

2. Reformbedingte Ausgaben

2.1 Einzelplan 03 Innenministerium

Als Anschubfinanzierung für die Umsetzung der Polizeistrukturreform außerhalb der Liegenschaften wurden im Urhaushalt 2013/14 für das Haushaltsjahr 2013 10,0 Mio. Euro veranschlagt. Zusätzlich wurden 1,8 Mio. Euro Ausgabereste 2012 bei Kapitel 0314 TG 69 für unvorhergesehene Ausgaben im Rahmen der Umsetzung der Polizeireform in das Haushaltsjahr 2013 übertragen, sodass insgesamt 11,8 Mio. Euro für reformbedingte Ausgaben zur Verfügung standen. Die Anschubfinanzierung war schwerpunktmäßig für die primären Bedarfe im Bereich der technischen und logistischen Realisierung der Polizeistrukturreform wie folgt vorgesehen:

Maßnahme	Veranschlagte Haushaltsmittel Euro	Ausgabereste 2012 Euro	Mittelabfluss Haushaltsjahr 2013 Euro	Reste Haushaltsjahr 2013 (gebunden) Euro
Leitstellen	3.884.400		379.100	3.505.300
DV-technische Umstellung	300.000	885.300	582.900	602.400
Erstausstattung PTLs Pol	1.471.300	914.700		2.386.000
Ausstattung Hochschule der Polizei	1.248.000		1.051.500	196.500
Verkehrstechnik	1.100.000		902.600	197.400
Ausstattung Uniform Außendienstwechsler	100.000		85.300	14.700
sonstige Kosten	374.700		89.000	285.700
Dezentrale Einzelmaßnahmen	1.521.600		1.044.500	477.100
zusammen	10.000.000	1.800.000	4.134.900	7.665.100

Die vorgesehenen Haushaltsmittel 2013 und Ausgabereste 2012 konnten im Haushaltsjahr 2013 nicht in Gänze abfließen, da in vielen Fällen die Beschaffungszeitläufe rechtlichen Rahmenvorgaben unterliegen (z. B. Ausschreibungsverfahren, Bestell- und Lieferfristen u. ä.).

2.2 Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

2.2.1 Kapitel 1208 Staatlicher Hochbau

- Für die interimswise Einrichtung der Führungs- und Lagezentren an den Standorten Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Ludwigsburg, Mannheim, Offenburg, Reutlingen, Stuttgart, Tuttlingen, Ulm, Waiblingen, Böblingen und Göppingen wurden Baumittel in Höhe von 2.638.396 Euro ausgegeben.
- Für reformbedingte Anpassungsmaßnahmen in bestehenden Polizeigebäuden an den Standorten Göppingen, Heilbronn, Kehl, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Ravensburg, Stuttgart, Ulm und Villingen-Schwenningen sowie für die Einrichtung des Führungs- und Lagezentrums am Standort Konstanz wurden Baumittel in Höhe von 758.360 Euro ausgegeben.

Die Ist-Ausgaben belaufen sich für 2013 in der Summe auf 3.396.756 Euro.

2.2.2 Kapitel 1209 Staatsvermögen

Aufgrund der Reform wurden folgende neue Mietverhältnisse begründet bzw. ergeben sich folgende neue Verbindlichkeiten:

- Friedrichshafen, Seestraße 1 (Kripo); Mietbeginn: 1. November 2013; Mietkosten: 44.880 Euro/Jahr; im Jahr 2013: 7.480 Euro
- Friedrichshafen, Ailingerstraße 126 (Kripo); Mietbeginn: 1. Dezember 2013; Miete: 104.166 Euro/Jahr; im Jahr 2013: 8.680 Euro
- Friedrichshafen, Ehlerstraße 15 (Kripo); reformbedingte Anpassungsmaßnahmen in einer bestehenden Anmietung; Kosten: 301.331 Euro
- Karlsruhe, Neureutherstraße 37 b (Kripo); Mietbeginn: 1. Dezember 2013; Miete: 29.894 Euro/Jahr; im Jahr 2013: 2.491 Euro
- Ulm, zwei Kleinanmietungen (u. a. Stellplätze für Dienst Kfz); Mietbeginn: 1. Dezember 2013; Miete: 5.301 Euro/Jahr; im Jahr 2013: 442 Euro

Die Ist-Ausgaben belaufen sich für 2013 in der Summe auf 320.424 Euro.

3. Zusammenfassung

3.1 Minderbedarfe/Einnahmen	8.400.000 Euro
3.2 Ausgaben 2013	7.852.080 Euro
Gebundene Haushaltsreste 2013	7.665.100 Euro